

Volks- und Anzeigebblatt

Erscheint
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich bei der Expedition
90 Pfg., durch die Post bezogen
1 Mt. 15 Pfg.

mit wöchentlichem Unterhaltungsblatt.

Einrückungsgebühr:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum
innerhalb des Bezirke 6 S., außerhalb
des Bezirke 9 S. Anzeigen, die Mon-
tag, Mittwoch u. Freitag bis Vorm.
10 Uhr eintreffen, finden Ausnahme.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Nro. 76.

Winnenden, Dienstag den 2. Juli

1895.

Winnenden.

Auf dem hiesigen Friedhof befinden sich viele Gräber, deren Belagzeit längst abgelaufen ist.

Die Angehörigen solcher hier beerdigter Personen, deren Gräber abgelaufen sind, werden hiemit aufgefordert, die Monumente und Anpflanzungen baldigst entfernen zu lassen, falls nicht ein weiteres Uebergehen des Grabes auf 15 Jahre gegen eine hieher zu entrichtende Gebühr von 10 M. gewünscht wird.

Würden binnen 4 Wochen von heute an weder jene Gebühren hieher bezahlt, noch die Monumente entfernt sein, so wird angenommen, daß die Monumente in der Friedhofverwaltung überlassen werden wollen.

Den 26. Juni 1895.

Stadtschultheißenamt:
H. M. M. M.

Steuer-Einzug.

An der Steuer pro 1. April 1895/96 sind mit dem Monat Juli 4 Monate zur Zahlung verfallen. Die Steuerpflichtigen werden hiemit aufgefordert, an den Einzugstagen, Mittwochs und Samstags je vormittags, entsprechende Anzahlungen zu machen.

Winnenden, 1. Juli 1895.

Stadtpflege.

Lehnberg.

Die hiesige Gemeinde hat gegen gefekliche Sicherheit bis Jakobi **800 Mark** anzuleihen.
Gemeindepflege.

Liedertafel Winnenden.

Heute Dienstag Abend 8 Uhr
Singprobe für alle Sänger,
Aufnahme neuer Mitglieder.
Der Ausschuss.

Winnenden.

Für die Sommer-Saison

empfehlen wir in großer Auswahl
leichte u. halbschwere Buckskin,
waschächte Hosenzeuge,
leichte Tuppenstoffe,
Kleiderstoffe aller Art,
darunter auch viele bedeutend herabgesetzte Sachen,
Wollmousseline und Zitz
in vielen Neuheiten
zu den billigsten Preisen

G. Mildenberger's Nachfolger.

Reutlinger Kirchenbau-Lose

gültig für die 2. Ziehung am 19. Septbr. 1895
Sauptgewinne 25,000, 10,000, 5000 Mark u. s. w.
sind als Erneuerungslose bis zum 15. August einschließ-
lich à 1 Mt., nach dieser Zeit und als Kauflose für solche, die noch kein
Los besitzen, à 2 Mt. zu haben in der

E. Fuß'schen Buchdruckerei, Winnenden.

Für Magenleidende!

Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:

Magenkatarrh, Magenkrampf, Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilsame Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte **Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der Hubert Ulrich'sche Kräuter-Wein.**

Dieser Kräuter-Wein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet, und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.

Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weins werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstößen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen**, die bei chronischen (veralteten) Magenleiden um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.

und deren unangenehme Folgen, wie **Beklemm- Stuhlverstopfung, Kolikschmerzen, Herz klopfen, Schläf- losigkeit**, sowie Blutanstauungen in Leber, Milz und Pfortader system (**Hämorrhoidalleiden**) werden durch Kräuter-Wein rasch und gelind beseitigt. Kräuter-Wein hebebt jedwede **Unverdaulichkeit**, verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.

Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher **Appetitlosigkeit**, unter **nervöser Abspannung und Gemüthsverftimmung**, sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten**, stehen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue Kräfte und neues Leben. Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.

Gebrauchsanweisung ist jeder Flasche beigegeben. Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à M. 1,25 und 1,75 in Winnenden, Waiblingen, Welzheim, Backnang, Schorndorf, Marbach, Murrhardt, Ludwigsburg, Endersbach, Stetten, Cannstatt, Untertürkheim, Esslingen, Stuttgart u. s. w. in den Apotheken.

Auch versendet die Firma **Hubert Ulrich, Leipzig, Weststraße 32**, 3 und mehr Flaschen Kräuterwein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und listefrei.

Mein Kräuterwein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malaga- wein 450,0, Weinsprit 100,0, Glycerin 100,0, destill. Wasser 240,0, Ebereschens- saft 150,0, Rirschjaft 320,0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, amerik. Kraftwurzel, Guaiacurwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.

Stollwerck's Herz Cacao

Überall käuflich!

Dose - 25 Cacaoherzen - 75 Pfennig.

Steuer-Büchlein

sind zu haben bei

E. Fuß, Buchdrucker.

Feuerwehr Winnenden.



Kommenden Donnerstags den 4. ds. haben die Mannschaften der 1. Kompanie: Steiger, Ketter, Schlauchleier und Hydrantenmänner zur Übung auszurücken.

Antrittsplatz: neues Magazin punkt 7 Uhr abends.

Das Kommando: Döbler.

Winnenden.

Hochzeitseinladung.

Alle unsere Freunde und Bekannte, bei welchen wir unsere Aufmerksamkeit nicht persönlich machen konnten, erlauben wir uns hiemit zu unserer am **Dienstag den 2. Juli** im Gasthaus z. Döhlen dahier stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Der Bräutigam:

Karl Gutscher,
Stuttgart.

Die Braut:

Julie Schiefer,
Wittensfeld.

Der Hochzeitsvater:

Schiefer & Sonne.

Obiger Einladung anschließend ladet ebenfalls zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

Haag z. Döhlen.

Frachtbriefe

bei G. Huf, Buchdrucker.

Winnenden. Wasser-, Leim- u. Oelfarben, Lacke und Öle

in guter Qualität empfiehlt billigt

R. Hahn, Kfm.

Stuttgart.

Nicht zu übersehen!

Günstige Gelegenheit bietet sich jedermann,

Tuchwaren

für

Hosen, Heberzieher, Herren- und Knaben-Anzüge

weit unter dem realen Wert in meinem vom **1. bis 20. Juli** stattfindenden

Inventur-Ausverkauf

zu beziehen. Die Preise sind derart reduziert, daß es sich lohnt, erst später eintreffenden Bedarf jetzt schon zu decken.

Jeder Versuch wirkt überzeugend.

Muster gerne zu Diensten.

Sonntags geöffnet von 7—9 u. 11—2 Uhr.

Robert Eberbach,

Tuchhandlung,

Rothebühlstraße 11, nächst der Königsstr.

Zum Verkauf kommen nur reelle Waren.

Verkauf nur gegen bar.

Schuld- und Bürgscheine

sind zu haben bei

G. Huf, Buchdrucker

Winnenden.

Ein Logis

für eine kleine Familie oder eine einzelne Person hat sogleich oder bis **Jakobi** zu vermieten

J. Kürner, Schuhmacher.

Waiblingen.

Ein noch gutes eichenes

Wirtschaftsbüffet

hat zu verkaufen

G. Hölzer & Traube.

Bestellungen auf das

„Volks- und Anzeigebblatt“ mit Unterhaltungsblatt

für das laufende Quartal werden noch von allen H. Postämtern, Postboten, von den Agenten, den Austrägern und von der Redaktion ds. Bl. entgegen genommen und soweit der Vorrat reicht die bereits erschienenen Nummern nachgeliefert. Die Redaktion.

Württembergischer Landtag.

Die in der Kammer Sitzung vom 22. Juni bei der Malzsteuerdebatte von dem Abgeordneten **Winnenden** entwickelte Ansicht hat nach dem stenographischen Bericht folgenden Wortlaut:

Ich stehe sozusagen auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage, d. h. ich wäre dafür, daß man auf das Gesetz einginge.

Der Antrag des Kollegen **Vogler** war mir sehr sympathisch, insofern er die Weibbierbrauereien des Oberlandes unbesteuert belassen wollte, die das gleiche Recht haben, wie die Bauern im Unterland, welche ihren Most und Zibebenwein auch anfertigen und auch unbesteuert bleiben. Wenn nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers in Bezug auf die Brausteuergemeinschaft eine völlige Steuerfreiheit nicht durchzuführen ist, so möchte ich empfehlen, den Satz von 75% zu gewähren. Der Antrag des Abgeordneten **Spieß** scheint mir so zu lauten: wir wollen ein Gesetz machen und es in 4 Wochen wieder abändern, ich bin also nicht vollständig mit diesem Antrag einverstanden. Ich möchte mir nun erlauben, auf einen Fehler in der Vorlage der Regierung näher einzugehen; da erscheint mir die Konsequenz nicht richtig gezogen zu sein; es heißt dort bezüglich der Berechnung der Extraktausbeute: Es ist nachgewiesen, daß die durchschnittliche Extraktausbeute in Brauereien, welche über 2000 Ztr. Malz im Jahr verarbeiten, 62,8% beträgt. Neuere Aufnahmen haben ergeben, daß die Ausbeute bei einer Malzverwendung von über 2000 Ztr. bis 10 000 Ztr. sich durchschnittlich auf 62,3% berechnet; sodann aber bei Brauereien mit einer Malzverwendung von über 10 000 bis 40 000 Ztr. auf 65,9% und bei der Brauerei von mehr als 70 000 Ztr. Malzverwendung auf 68,7%. Es scheint demnach die Ausbeute an Extrakt die richtige wissenschaftliche Grundlage für die Besteuerung des Malzes im Allgemeinen zu sein; da

begreife ich in der weiteren Folge nicht, daß man dann die Staffelfsteuer in der Weise konstruiert hat, daß man sagt: bei Brauereien von 10 bis 40 000 Ztr. bleiben die ersten 10 000 Ztr. beim alten Satz, gerade als ob die Brauerei, welche 40 000 Ztr. verarbeitet, von den ersten 10 000 Ztr. bloß einen Extraktgehalt von 62,3% erzielte, während sie doch auch hier eine Ausbeute von 65,9% haben wird. So ist es auch bei den größten Brauereien, sie sollen zuerst bis zu 10 000 Ztr. nur nach einer Extraktausbeute von 62,3% besteuert werden, dann für die 2. Portion nach einer Ausbeute von 65,9% und erst für die letzten 20 000 und mehr nach einer Ausbeute von 68,7%. Das scheint mir doch eine Anomalie zu sein. Der letztere Satz müßte für den ganzen Verbrauch der Brauerei gelten. Es würde dies bei den 14 Brauereien von 10 000 bis 40 000 ein Mehrerträgnis für den Staat von 35 000 M. ergeben; wenn eine Brauerei 60 000 Ztr. verbraucht, würde das Mehrerträgnis eine Summe von 11 500 M., ich glaube nicht, daß diese Brauereien an einer solchen Erhöhung zu Grunde gehen würden. Der einheitliche Satz wäre leichter zu berechnen, als wenn man 3 Sätze macht, man würde damit dem Staffelsystem, welches die kleineren Brauereien verlangen, entgegenkommen und gleichzeitig auch bei dieser Steuererhebung Raum für die progressive Einkommensteuer lassen, bei welcher wir nicht die Produktion treffen, sondern hauptl. das Einkommen. Diesen Gesichtspunkt möchte ich der königl. Regierung zur Erwägung empfehlen.

Stuttgart, 22. Juni. Präsident **Payer** eröffnet die Sitzung um 3/4 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der volkswirtschaftlichen Kommission über das Eisenbahnbau-Kreditgesetz. — Berichterstatter **Stoßmayer** begrüßt die in Aussicht genommenen Eisenbahnbauten. Dieselben sind von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung. Einen Durchgangsverkehr werden die neuen Bahnlagen nicht mitbringen, dagegen werden sie die Landwirtschaft fördern. Dabei müssen die Bahnen so wohlfeil als möglich gebaut werden. Es sollte künftig eine einheitliche Spurweite (75 cm Breite) vorgeesehen werden. Bei den vorliegenden Projekten ist diese Schmalspur mit Recht vorgeesehen. — **Vogler**: Die noch zu bauenden Linien haben nur den Zweck, etwaige größere Lücken in unserem Eisenbahnnetz auszufüllen und so hauptsächlich der Landwirtschaft des Landes zu dienen. **Medner** spricht über die Vorzüge der Schmalspur. — **Winz**: Die ungünstige Lage unserer Finanzen wurde seiner Zeit bei der Beratung des Stats von dem Herrn Finanzmeister auf 2 Punkte zurückgeführt, auf die verminderten Zuweisungen von Seiten des Reichs und auf die verminderten Einnahmen aus unseren Eisenbahnen; wir stehen hier abermals vor einer sehr großen Forderung, von der wir im allgemeinen sagen können, sie betrifft schon angefangene Arbeiten, die noch zu dem

Rehabilitament unserer Vollbahn gehören; nun da wird wohl nichts dagegen einzuwenden sein, insofern sie hauptsächlich unsere Hauptlinie berühren, welche unsere kräftigste ist, aber daß ungeachtet stellt auch dieses Gesetz, vielmehr diese Forderung für unsere Eisenbahnen eine Minderung der Rentabilität von 500 000 M. vor. Wenn wir im allgemeinen hiegegen nichts einzuwenden haben, so kommt es mir überraschend vor, wie die zwei Kleinbahnen vorgeschoben werden zur Genehmigung in § 1 und ich kann mir diese Eile nur daraus erklären, daß wir am Ende unserer Mittel sind. Die Bahnen selbst mit ihrer finanziellen Begründung weisen einen großen Teil a fonds perdu auf, welche durch Restmittel zu decken seien. Sie wissen sehr wohl, daß wir zu Anfang unserer Etatsberatung vor einem Defizit von 3 Millionen gestanden sind, daß sich mit der Zeit auf 2 Millionen auf weitere Zuschüsse des Reichs hin herabgemindert hat; von diesen 2 Millionen Defizit haben wir noch 182000 M. herabgebracht durch niederes Ansehen der Fruchtpreise, die aber zum Teil wieder glücklicherweise im Steigen begriffen sind, dann haben wir noch die Gewerbesteuer unserer Statsberatung vor einem Defizit von 1 623 000 M. im ersten Jahr, von 1 823 000 M. im zweiten Jahr genommen, durch die Conversion aber, welche wir weiter noch beschlossen haben, tritt ein Defizit von 834 000 M. pro Jahr; außerdem haben wir noch einen Nachtragskredit von 120 000 M. für die notleidenden Molkereien geschaffen, von 180 000 M. für weitere Matrikularbeiträge und 400 000 M. für die Ueberschwemmten des Spachthales, so daß eigentlich ein verschobenes Defizit von 1 1/2 Millionen erscheint. Unter solchen Umständen halte ich die Finanzprognose der Restmittel für ein sogenanntes Révirement, d. h. wir rechnen mit einem Teil, der nicht vorhanden ist oder doch zu den allgemeinen Staatsbedürfnissen gehören sollte. Wir sind in der Finanzkommission dem Grundsatz begegnet 1. keine Steuern zu erhöhen, 2. keine Anlehen zu machen für laufende Staatszwecke, ich glaube aber, daß es gerade Anlehen sind für laufende Staatsbedürfnisse, wenn wir sagen, wir bauen Eisenbahnen a fonds perdu. Nun bin ich im Allgemeinen kein grundsätzlicher Gegner der neuen Bahnen, aber ich halte es für nicht ganz richtig, daß der Titel hier verwechselt wird, schon um deswillen nicht, weil wenn wir dies annehmen, dann auch die zukünftigen Bahnen nur in so weit gebaut werden dürfen, als verfügbare Restmittel vorhanden sind und als dann die betreffenden Gegenden in besondern Nachteil kommen werden, gegenüber den 2 Bahnen, mit denen man jetzt so ungeheuer prächtig ist. Ich hätte gewünscht, daß ein Antrag einzubringen, die kleinen Bahnen überhaupt ein generelles Gesetz zu bringen und der Regierung dann die Bestimmung anheimzustellen, welche Bahnen ihrer Rentabilität sowohl, als ihrer günstigen Anlage

Winnenden.

Ia. schwarze und rote Most-Rosinen, Weinsteinsäure, Chilisalpeter, Eisen- und Kupfervitriol

billigt bei

G. Häussermann.

Ein Knecht

von 16—18 Jahren wird gesucht. Von wem? sagt die Redaktion.

Stettin.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiemit, alle unsere Freunde und Bekannte, bei denen wir unsere Aufmerksamkeit nicht persönlich machen konnten, zu unserer am **Donnerstag den 4. Juli** im Gasthaus z. **Rose** dahier stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen.

Der Bräutigam:

August Hüftele,
Weißbuch.

Die Braut:

Christine Pregizer,
Kloffenbach.

Obiger Einladung anschließend ladet ebenfalls zu zahlreichem Besuch ergebenst ein

David Müller
zur Rose.

wegen den Vorzug haben sollen, da dies aber nicht der Fall ist und jetzt im Augenblick 2 Bahnen vorliegen, von denen man sagen könnte, die eine ist deutschparteilich, die andere zentrumparteilich, so hätte ich gewünscht, daß auch noch eine volksparteiliche darunter gewesen wäre. (Große Heiterkeit.) Angesichts unserer Finanzlage sowohl als angesichts des Umstands, daß wir hier einen Vorgang haben, welcher die übrigen Bahnen benachteiligt — wenn es sich um den Bau à fonds perdu handelt, so wäre es um einiger Millionen mehr oder weniger gleich gewesen, wie man die Sache behandelt — hätte ich wie gesagt gewünscht, daß die Bahnen in einem Gesetz vorgelegt worden wären und kann für eine einzelne dieser Bahnen heute nicht stimmen, wie auch mehrere meiner Genossen aus den gleichen Gründen nicht dafür stimmen werden. — Ellinger ist kein Freund der Schmalbahnen, da sie dem Güterverkehr ungünstig sind. — Es folgt die Spezialberatung. — 1. Die Zaberthalbahn. — Berichterstatter Stockmayer berichtet über dieselbe in einzelnen und beantragt über die Eingabe des Zaberthalbahnkomites zur Erbauung einer Normalspur zur Tagesordnung überzugehen. — Bez erklärt sich für einen warmen Befürworter der Zaberthalbahn. Er bittet die Bahn möglichst einmütig zu genehmigen. — Schmidt-Maulbronn: Schon bei einer früheren Gelegenheit habe er betont, daß bei der heutigen Finanzlage und der Unrentabilität unserer Eisenbahnen der Staat keine Veranlassung habe, von sich aus weitere unrentable Bahnen von rein lokaler Bedeutung zu bauen. Solche Lokalbahnen, worunter er vorzugsweise Sackbahnen versteht, sollten mehr der Privatinitiative überlassen bleiben. Auf diesem Standpunkt stehe er auch noch heute, von ihm aus trete er auch an die Beurteilung des Zaberthalprojekts heran. Nicht gehoben werden die Bedenken des Redners dadurch, daß die Brackheimer in die Volksvertretung gerade den obersten Chef der Eisenbahnverwaltung, der noch frei war, entsandten. Sie fühlten wohl, daß ihre Gründe einen Vorwand brauchten, und dazu mußte der Präsident der Eisenbahnverwaltung in seiner Lebenswürdigkeit erhalten. Eine bessere Rentabilität der Bahn hält Redner nur dann für möglich, wenn sie in absehbarer Zeit weiter gebaut wird und einen Anschluß in Mühlacker oder Bretten sucht. Dadurch werde auch der Bezirk Maulbronn mit seinem großen Reichtum an Bausteinen in das Bahnnetz hereingezogen. Nur wenn diese Aussicht eröffnet werde, könne er dem Projekt seine Zustimmung geben. — Ministerpräsi. v. Mittnacht: Die Zaberthalbahn kann niemals eine Vollbahn werden wegen der Steigungen. Erst neuerdings verlangen die Bewohner des Zaberthals wieder eine Normalspur. Sie würde 100 bis 120 000 M. bei einem Gesamtaufwand von 900 000 M. betragen. Die Fortsetzung über Derdingen, Stittlingen würde mehr als eine halbe Million Mark Mehrkosten verlangen. Eine Privatunternehmung will über Flehingen-Kürenbach eine Normalspur bauen. Sie verlangt aber auch 28 000 M. Staatszuschuß und verschiedene andere Bevorzugungen. Es sind keine Gesuche um Konzessionen zur Erbauung von Privatbahnen eingegangen. Nur bei Dörzbach wurde eine Staatsunterstützung zur Erbauung einer Straßenbahn gewünscht. Die Bahn soll fortgeführt werden, sie ist keine Sackbahn. Die Verhältnisse des Zaberthals weisen naturgemäß auf die Schmalspur. — Bez: Er sei für das nicht verantwortlich, was der Bürgermeister von Heilbronn und die dortigen Kollegien thun. Aber dem Wunsch weiter Kreise in Heilbronn habe er Ausdruck gegeben. — Die Bahn wird mit großer Mehrheit genehmigt. — 2. Lokalbahn Schuffenried-Buchau. — Berichterstatter Stockmayer begründet die Notwendigkeit der Erbauung. — Grober hält die Bahn für ein Bedürfnis, was er im einzelnen darlegt. — Beutel verzichtet auf das Wort. — Krug bekräftigt das Projekt. Nachdem man die Bahn des Unterlandes genehmigt, möge man auch der des Oberlandes zustimmen. — Die Bahn wird mit großer Mehrheit genehmigt. — Für die Verbindungsbahn Untertürkheim-Stornowestheim und den Güterbahnhof auf der Prag in Stuttgart werden 6 400 000 M. als zweite Rate resp. weiterer Bedarf bewilligt. Für die Herstellung eines zweiten Geleises der Bahnstrecke Vietingheim-Jagstfeld werden 1 800 000 M. genehmigt. — Berichterstatter Stockmayer fragt an, ob bei diesem Umbau schon die neuesten schweren Schienen vorgesehen seien. — Oberbaurat Fuchs: Der Oberbau ist so hergestellt, daß er allen Anforderungen entspricht. — Frhr. v. Böllwardt: Ein zweites Geleise sollte auch auf der Strecke Waiblingen-Schorndorf vorgesehen werden. — Präsident v. Balz: In der nächsten Etatsperiode werde hierfür eine Ergänz. eingestellt. — Für verschiedene Erweiterungen und Verbesserungen werden 4 640 000 M. genehmigt, hierunter für die Ausdehnung der elektrischen Beleuchtung in Stuttgart 155 000 M., für die Vergrößerung der Wagenwerkstätte in Cannstatt 300 000 M., als letzte Rate des Gesamtbetrages von 1 1/2 Mill. M. für Erweiterung des Bahnhofs in Göppingen (2. Rate) 80 000 M., Grunderwerb. zur Erweiterung des Bahnhofs Stuttgart 1 600 000 M. Für die Erbauung einer Lokomotivwerkstätte in Eßlingen und einer Betriebswerkstätte in Vietingheim mit einem Gesamtaufwand von 3 300 000 M. werden als erste Rate bewilligt 5 000 000 Mark. — v. Bez bittet, die Ergänz. zu bewilligen, da die Erstellung einer Werkstätte in Eßlingen notwendig ist, die Stadt große Opfer bringt und überdies schon sehr geschädigt wurde, indem man ihr ein Reiterregiment und den Gerichtshof nahm. — Weiter werden ohne Debatte genehmigt 1 000 000 M. resp. 45 000 M. für Erweiterung der Stationen Baihingen-Sersheim und Sulz a. N., desgleichen 550 000 M. für die Einrichtung zentraler Weichen und Signalstellung auf größeren Stationen, für die Verstärkung des Oberbaus der Hauptbahnstrecke Mühlacker-Ulm (1. Rate) 1 250 000 M., für Familienwohnungen für Unterbedienstete in Stuttgart 1 000 000 M., für die Bearbeitung neuer Bahnprojekte 20 000 M., für ein Postgebäude am Bahnhof in Heiden-

heim 70 000 M., für die Vergrößerung des Postgebäudes in Neuffingen 110 000 M., für ein Postgebäude am Bahnhof in Schorndorf 76 000 M. — Für den Ankauf von 3 Häusern in der Fürsten- und Friedrichstraße in Stuttgart behufs Vergrößerung des Hauptpostgebäudes werden 272 000 M. gefordert. — Bevor das Haus über diese Position Beschluß faßt, wird die Sitzung, nachdem die Notenbankkommission gewählt ist, auf Antrag des Abg. Stockmayer abgebrochen. — Das Haus begiebt sich zur Augenscheinnahme ans Postgebäude. — Nächste Sitzung morgen 9 Uhr. Tagesordnung: Postgebäude in Stuttgart, Antrag Klotz betr. die Gewerbeinspektion und Petition Jäger betr. die Abschaffung der Hausaufgaben.

— 27. Juni. Die heutige 54. Sitzung der Abgeordnetenkammer galt ausschließlich dem Stuttgarter Hauptpostgebäude, also einer Frage, die in der Hauptsache nur für die württ. Residenz von Interesse ist. Die Regierung verlangt für zwei einstöckige Neubauten, durch welche das Hauptpostgebäude erweitert werden soll, eine Summe von rund einer Million. Die volksw. Komm. kam jedoch zu dem Antrag, die Forderung abzulehnen und über die bezüglichen Eingaben der Handelskammer sowie der bürgerlichen Kollegien von Stuttgart zur Tagesordnung überzugehen. Vom Regierungstisch aus gab man sich zwar redliche Mühe, den Antrag zu Fall zu bringen, bei der Abstimmung jedoch wurde ein Antrag des Frhrn. v. Breitschwert, der die Regierungsvorlage wieder hergestellt wissen wollte, mit 56 gegen 20 Stimmen, also mit einer ansehnlichen Mehrheit abgelehnt. Aufgefallen ist, daß der Präsident v. Balz sich der Abstimmung enthielt. Die Kammer begrüßte diese Stimmenthaltung mit Heiterkeit und mit dem Zuruf: „Dho!“ Abgelehnt wurde ein Antrag des Abgeord. Sachs, die Angelegenheit an die Kommission zurückzuverweisen, so dann ein Antrag des Abg. Kiene, wonach die Kammer die Regierung auffordern sollte, die Postpost in einem besondern Gebäude unterzubringen. In seiner Rede zugunsten der Regierungsvorlage streifte der Ministerpräsident auch eine verfassungsrechtliche Frage. Er führte Klage darüber, daß die Kommission die Regierung nicht zu ihren Beratungen beigezogen habe. Es sei eine veraltete und ungewöhnliche Verfassungsbestimmung, daß die Regierung nur auf Einladung in einer Kommission erscheinen könne. Der Abg. Hähle wies den Vorwurf zurück, als ob die Kommission sich eines Verschümmnisses schuldig gemacht habe, im übrigen aber stimmte er der Ansicht des Ministerpräsidenten über die in Frage stehende verfassungsrechtliche Bestimmung zu. Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung steht als erster Punkt der Antrag Klotz und Glaser betr. die Gewerbeinspektion u. s. w.

Landesnachrichten.

— Bei der am 24. Mai, d. J. u. den folgenden Tagen vorgenommenen zweiten höheren Dienstprüfung im Departement des Innern ist u. a. der Kandidat Wilh. Egel, Waiblingen, zur Vernehmung der in § 1 der königl. Verordnung vom 7. November 1885 bezeichneten Ämter für befähigt erkannt worden und hiemit in das Verhältnis eines Regierungstreferendars 1. Klasse eingetreten.

Stuttgart, 28. Juni. (König Karl Jubiläums-Stiftung.) S. Königl. Maj. hat, wie der St. A. mitteilt, durch Entschliezung vom 26. Juni d. J. genehmigt, daß von den verfügbaren Erträgen der König Karl Jubiläums-Stiftung in nachstehender Weise verwendet werden: für die Notleidenden im Balingen Ueberschwemmungsgebiet 5000 M., für den staatlichen Fonds zur Tragung der Nachschußpflicht der gegen Hagelschaden Versicherten 1500 M., woneben die Verwendung eines weiteren Betrags von 5100 M. für die Unterstützung von Hagelbeschädigten aus den Erträgen des Jahres 1895/96 vorbehalten bleibt. Außerdem werden u. a. gewährt: dem Verein für Arbeiterkolonien in Württemberg 2000 M. Die Medaille der König-Karl-Jubiläums-Stiftung für tüchtige Arbeiter und Bedienstete, welche in einem und demselben Geschäft bezw. Betrieb langjährige treue und ersprießliche Dienste geleistet haben, wurde an die 49 Bewerber, von welchen 46 in gewerblichen und 3 in landwirtschaftlichen Betrieben seit mehr als 40 Jahren beschäftigt sind, verliehen.

Stuttgart, 27. Juni. (Vom Landtag.) Obwohl nach dem einstimmig gefaßten Kommissionsbeschluß das Schicksal der Vorlage zur Vergrößerung des Hauptpostamts durch Ankauf der drei Häuser Fürstenstraße 4 und Friedrichstraße 45 und 47 so gut wie entschieden war, hat die Regierung doch mit großer Zähigkeit für sie gekämpft. Außer dem Ministerpräsidenten kamen vier Regierungskommissäre wiederholt zum Wort, ein Beweis, wie viel der Verwaltung an der Durchführung ihres Planes gelegen war. Was ist nun aber der Grund, daß die Kammer, welche sich durchaus nicht der Ansicht verschließt, daß im Stuttgarter Hauptpostamt eine Aenderung der nachgerade unhaltbar gewordenen Zustände absolut notwendig ist, den von der Regierung mit seltener Energie empfohlenen einzig rationalen Abhilfe schaffenden Ausweg nicht betreten will? In erster Linie ist daran das Mißtrauen schuld, welches man in Abgeordneten-

kreisen gegen die Techniker im Allgemeinen gefaßt, nachdem man mit dem Landesgewerbemuseum so böse Erfahrungen gemacht hat. Dann aber sind es die allerdings sehr hohen Forderungen, welche für die in Betracht kommenden drei Häuser gestellt worden; besonders für das Spielmannsche Haus. Das Haus liegt allerdings in bester Geschäftslage, der verstorbene Besitzer ist mit seiner darauf geführten Schweinemetzgerei Millionär geworden, aber der Preis ist immerhin ein gepfeffterter und das umso mehr, da der gegenwärtige Inhaber bei der kürzlich erfolgten Ertheilung des Haus um 75 000 M. übernommen haben soll. Hierüber muß auch manches in Abgeordnetentreise gedungen sein, was zur Folge hatte, daß man sich besonders dem Spielmannschen Hause so absolut ablehnend verhielt. Die Postverwaltung hat trotz der hohen Grundpreise ihren Vorschlag immer noch für den wohlfeilsten gehalten und er wird es auch sein, wenn man sich vor Augen führt, daß die Errichtung eines eigenen Bahnpostamts mit Paketbestelldienst für Stuttgart zwischen der Kronen- und Schillerstraße 1 700 000 M. kostet u. nur dabei eine wenig wünschenswerte Dezentralisation bringt. Ob sich der Warstall gerade für die Post eignet, ist auch eine schwer zu beantwortende Frage. Daher der Erwägung wert scheint uns der von dem Abg. Klotz gemachte Vorschlag, den Lannhauerischen Cigarrenladen im Bahnhof und die nach der Friedrichstraße zu gelegenen Bibliothekräume der Generaldirektion für Schalterzwecke heranzuziehen. Diese enge Verbindung zwischen Post und Bahnhof kann einer raschen Expedition der Postfächer, deren Einlieferung hier bis zum letzten Moment geschehen kann, nur zu Gute kommen.

Stuttgart, 27. Juni. Soeben ist im Druck erschienen der Kommissionsantrag für die Vorlage betreffend die Bestimmung der Ortsvorsteher in größeren Stadtgemeinden (Ref. Konrad Hauptmann.) Hiernach will der Entwurf der Regierung kurzer Hand abgelehnt und die Regierung vielmehr ersucht werden, den Ständen in Völbe den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches für sämtliche Gemeinden des Landes eine periodische Wahl der Ortsvorsteher auf Grund des bestehenden direkten Wahlrechts der Gemeindebürger eingeführt wird unter sachgemäßer Regelung der Aufgaben der Gemeindebeamten, insbesondere der polizeilichen Straßbefugnisse, übrigens unter Belassung der Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei den Gemeinden. — Von den Abg. Klotz, Glaser, Schrempf, Bez und Schumacher sind folgende Anträge eingegangen: 1) Die Regierung um Einbringung eines Gesamtentwurfs zu ersuchen, durch den die Privatfeuerversicherungsgesellschaften verpflichtet werden, an die einzelnen Gemeinden, je nach dem Grade der Ausbildung des Feuerlöschwesens derselben, einen im Wege der Verordnung festzusetzenden Beitrag bis zur Höhe von 6% ihrer Prämieeneinnahmen zu leisten. 2) Die Regierung um Einbringung eines Gesetzes-Entwurfs zu bitten, durch den unter Abänderung des Art. 15 der Bauordnung, die Behörden der größeren Gemeinden ermächtigt werden, die Anlieger an solchen Ortsstraßen und Plätzen, deren Herstellung durch öffentliches Verkehrsbedürfnis notwendig geworden ist, im Wege des Ortsbaustatuts zu sämtlichen Kosten der ersten Einrichtung heranzuziehen.

Stuttgart, 27. Juni. Heute Abend sind noch 2 weitere Anträge zur Ausgabe gelangt. Der eine ist von den Abgeordneten Eard und Dr. Klaus und bezieht sich auf den Bericht der volkswirtschaftl. Kommission betr. Gewerbeinspektion u. s. Er lautet: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: Die l. Staatsregierung zu ersuchen, in jeder Etatsperiode eine Statistik über die Arbeiterverhältnisse in den staatlichen Betrieben anfertigen zu lassen und je mit dem Entwurf des Staatshaushaltes dem Landtag mitzuteilen. In dieser Statistik soll insbesondere die Dauer der täglichen Arbeitszeit nach Arbeiterkategorien unter Berücksichtigung der Ueberstunden und der Nacharbeit, sowie der Dauer der Sonntagerube, ferner die Höhe des Arbeitslohns, die Fristen und Tage der Lohnzahlung, Abschlagszahlung und Abrechnung, die Zahl und das Alter der neu- bezw. wiederingestellten und der entlassenen Arbeiter angegeben werden. — Außerdem liegt noch ein Antrag der Finanzkommission zum Hauptfinanzetat pro 1895/97 vor. Er geht dahin: Die Kammer der Abgeordneten wolle beschließen: Die l. Staatsregierung zu ersuchen, eine durchgreifende Einschränkung der Funktionszulagen für Nebenämter für den nächsten Etat in Erwägung zu ziehen.

Stuttgart, 29. Juni. (Ständische Druckschriften.) Erschienen ist der Antrag des Abg. Schnaidt

betr. den kgl. Befehl vom 1. Dez. 1893; die durch Beschluß der Kammer d. Abg. v. 26. Mai 1894 der damaligen staatsrechtl. Komm. zur Prüfung überwiesenen Fragen von Neuem der staatsrechtl. Komm. zur Prüfung zuzuwiesen. — Erwägungsgründe: In der Sitzung vom 26. Mai 1894 hat die Kammer einstimmig beschlossen: den kgl. Befehl vom 1. Dez. 1893 betr. die Dienstalters- und Beförderungsverhältnisse der Offiziere zur Prüfung auf seine Uebereinstimmung mit der Verfassung und der Militärkonvention vom 21./25. Nov. 1870 der staatsrechtl. Komm. zuzuwiesen (Antrag Payer), und die staatsrechtl. Komm. zugleich mit der Prüfung der Frage zu beauftragen, ob es mit den Bestimmungen der Militärkonvention vom 21./25. Nov. 1870 vereinbar ist, daß 1) die Kommandierungen der württ. Offiziere in die preuß. Armee und der preuß. Offiziere in die württ. Armee in zahlreichen Fällen, und auf eine 2 Jahre übersteigende Dauer erfolgt sind und daß 2) die innerhalb der württ. Militärverwaltung gemachten Ersparnisse an die Reichskasse abgeführt werden. (Antrag Gröber.) Die Komm. hat noch eine Sitzung gehalten und eine Reihe von Fragen an das R. Staatsministerium gerichtet. Am 6. Juni 1894 ist der Landtag geschlossen worden, ohne daß zuvor eine Antwort auf jene Fragen eingelaufen war oder der Gegenstand sonst seine Erledigung gefunden hatte. Die Antragsteller glauben, daß bei der Wichtigkeit des Gegenstandes dessen erneute Behandlung geboten scheint.

— Der Stuttgarter Korrespondent der „Frankf. Ztg.“, welcher sich durchweg als gut unterrichtet erweist, meldet seinem Blatt, die Vertagung des Landtags sei erst am 12. oder 13. Juli zu erwarten. Da die Nachricht ohne Zweifel aus Parlamentärskreisen stammt, so werden unsere Landboten noch 14 anstrengende Tage mitmachen müssen, ehe sie in die Sommerferien gehen können.

Stuttgart. Die württembergische Artillerie wird am 18. Juli sich zu Schießübungen auf den Griesheimer Schießplatz begeben.

Stuttgart, 26. Juni. (Niederhallebojst.) Bei einer Besprechung, welche letzte Woche zwischen den Besangvereinen Stuttgarts stattgefunden hat, ergab sich die sehr bemerkenswerte Thatsache, daß alle Vereine, den Liederkranz allein ausgenommen, in der Bojstottangelegenheit sich auf Seite der Sozialdemokratie gestellt haben. Einzelne Vereine ergriffen direkt Partei, andere ließen Zweckmäßigkeitsgründe walten. So wurde z. B. betont, die kleineren Vereine dürfen absolut keine weiteren Mitglieder verlieren, da sonst die Frage ihrer Existenz in Betracht käme. Die Zahl der Sänger in den kleineren Vereinen bestehe aber zum großen Teil aus Arbeitern; ein fernerer Widerstand des Liederkranzes könne zur Gründung eines schwäbischen Arbeiter-Sängerbundes führen. Der Vorschlag, die gemeinsamen Proben zum deutschen Sängertag in einem neutralen Lokale zu halten, fand Widerspruch. So steht wohl fest, daß in den farblosen Vereinen eine Scheidung vor sich gehen muß, was gar nicht vom Uebel sein wird.

Stuttgart, 26. Juni. Der gestern vom hiesigen Schwurgericht zum Tod verurteilte Mörder Martin Mauth von Leibringen, O.A. Sulz, an welchem aller Wahrscheinlichkeit nach das erste Todesurteil unter König Wilhelm II. zur Vollziehung gelangen wird, ist ein äußerst roher Patron, eine gefühllose Bestie in Menschengestalt. Der Bursche nimmt seine Verurteilung ganz leicht und als selbstverständlich auf; von Reue keine Spur; er gefällt sich vielmehr darin, über seine Zukunft ganz rohe Spässe zu reißen. So soll er sich einem Wärter gegenüber geäußert haben: „Was wird der Petrus sagen, wenn ich mit am Kopf unter'm Arm aufkomme!“

— (Kleinbetrieb und Großbetrieb.) Eine interessante Statistik ist anlässlich der Beratung der Modelle zur Malzsteuer in der württembergischen Abgeordnetenversammlung veröffentlicht worden. Daran gab es in Württemberg 1882 2553 Brauereien, die zusammen 1 431 860 Zentner Malz versteuerten. 1893 waren es nur noch 1895 Brauereien, aber die versteuerte Malzmenge war gestiegen auf 1 647 387 Ztr., d. i. um 216 127 Zentner. Wo diese vermehrte Produktion herrührt, entnimmt man aus folgenden Zahlen. 1882 gab es 8 „Großbetriebe“ (d. h. solche, die über 10 000 Ztr. Malz verarbeiten) mit einer versteuerten Malzmenge von 132 995 Zentnern. 1893 waren aus den 8 deren 15 geworden, und sie versteuerten allein 334 560 Zentner. Im Jahr 1882 kamen auf eine Brauerei 16 624 Zentner, 1893 22 304. Württemberg besitzt endlich eine sehr große Brauerei

(Leicht-Baihingen), die allein einen Malzverbrauch von über 60 000 Zentnern hat.

— Mit Ende des Monats Juni ist die Jagd auf Wildenten und wilde Tauben wieder freigegeben, ebenso können vom 15. Juli ab wieder Schnepfen und Bekassinen geschossen werden. Freunde des Fischereisports machen wir dabei aufmerksam, daß mit Ende des Monats Juni die Schonzeit für Forellenbarsche, Karpfen, Barben, Brachsen, Schleien und Orse ihr Ende erreicht.

Feuerbach, 29. Juni. Heute Vorm. 11 Uhr ist die Laborirhütte des Pyrotechnikers Lünig, die im Walde auf der Feuerbacher Höhe steht, in die Luft geflogen. Der erwachsene Sohn des Besitzers wurde bedeutend verletzt. Wegen Gefahr eines Waldbrandes ist die Feuerwehr zur Rettung der brennenden Umzäunung auf den Brandplatz abgerückt.

Canstatt, 27. Juni. Unterhalb der Eisenbahnbrücke wurde heute der Leichnam eines noch ganz jungen Mannes aus dem Neckar gezogen. Es wurde in demselben der Bautechniker Robert St. aus Gmünd erkannt, der jedenfalls schon mehrere Tage im Wasser gelegen war. Ob ein Unglücksfall oder eine andere Todesursache vorliegt, ist unbekannt. Mit diesem Fall ist die Zahl der durch Unglücksfall oder Selbstmord herbeigeführten Todesfälle seit 5 Monaten auf 22 gestiegen.

Untertürkheim, 26. Juni. Die unlängst bei dem Brande in der Werkstätte ihres Mannes durch Einatmen von Dämpfen schwefeliger Säure zu Schaden gekommene Frau Braun ist nach schweren Leiden gestorben.

Gmünd, 26. Juni. Bei der hiesigen Fachausstellung für das Wirtsch. Gewerbe erhielten die Goldene Medaille: Riethmüller-Ulm, Konservenfabrik, A. Kaufmann u. Söhne, Weinheim, Tafelöle, Fr. Schäfer-Tübingen, Wirtschaftseinrichtung, Karl Ruffler, Möbel u. Sattlerwaren, F. A. Prommer-Stuttgart, Herdesfabrik. Mit der silbernen Medaille wurde u. a. ausgezeichnet: die Firma Jäger u. Stephan in Heilbronn für Wirtschaftswaren.

Marbach, 27. Juni. Wie von eingeweihter Seite verlautet, sollen mit Herrn Oekonomierat Stodmayer auf Vichtenberg gegenwärtig Unterhandlungen wegen Uebernahme der Vorstandschaft an der Königl. Weinbauerschule in Weinsberg an Stelle des zurücktretenden seith. Vorstandes, Oekon. Rat Mühlhäußer stattfinden.

Vom Bezirke Marbach, 26. Juni. Auf Grund der in den Bezirksgemeinden an den Obst- und Gartenbauverein Marbach eingegangenen Mitteilungen über den durch Hasenfraß verursachten Baumschaden, abgesehen von dem durch den Wintertrost angerichteten bedeutenden Schaden, ergibt sich folgendes Resultat. Beschädigt wurden zusammen 8477 Bäume: hievon gehen zu Grunde 5899, gerettet können noch werden 2578 Stück. Der geschätzte Gesamtschaden beträgt rund 18 600 Mk. Vom Ausschuss des Obst- und Gartenvereins soll dieses Schadenergebnis dem Württ. Obstbauverein in Stuttgart zugestellt werden, mit dem Ersuchen, ob bei derartigen Schäden nicht Maßnahmen gegen den Hasenfraß durch die R. Staatsregierung anzuregen seien.

Sersheim, 28. Juni. Dieser Tage erhielt ein hiesiger Einwohner einen von einem Manuel Vaucher, der sich wegen Desertion und Diebstahls dormalen im Militär-Gefängnis in Madrid befindet, unterzeichneten Brief, worin ihm nichts weniger angeboten wird, als die Theilnahme von 448 000 Pesetas, welche in der Nähe von Sersheim versteckt seien. Als Gegenleistung hätte der Adressat nur das Reisegeld für die Tochter des Brieffschreibers und eine Begleiterin von Spanien hieher einzusenden unter der Adresse: Sr. D. Ignacio Mina-Hotel Paris Calle Alaba Madrid. Daß man es hier mit dem bekannten, schon öfters erwähnten Schwindel zu thun hat, liegt auf der Hand.

— Ein Landwirt im Unterland hat seinen Töchtern auf ganz eigene Art zu einem stattlichen Heiratsgut verholfen. Er hat zwei Töchter, denen er seit dem zehnten Jahre die Aufsicht über die Hühner und über das Milchergebnis übertragen hatte. Er überließ ihnen die Einnahmen von Eiern, Butter und Milch, doch mußten sieben Erlös alle Montage auf die Sparkasse tragen. Kürzlich verheiratete sich die älteste und hatte 4200 Mk. in 16 Jahren zusammengebracht, die jüngere hat 3600 Mark in der Kasse. Und dabei ist die Haushaltung auch wie andere geführt worden, und nur das Ueberflüssige kam zum Verkauf. Dabei lernten die Mädchen hausen und sparen.

— Die 41. Wanderversammlung württembergischer Landwirte findet am 24. Juli in Ellwangen statt. Auf der Tagesordnung stehen 1. das landwirtschaftliche Kreditwesen (Referent Oekonomierat Stodmayer-Vichtenberg und J. Landauer-Gerabronn), 2. Erfahrungen mit unserer Viehseuchengesetzgebung (Referent Regierungsrat Weiswänger hier), 3. Zeit- und Streitfragen über Fütterung und Düngung (Referent Prof. Dr. Morgen-Hohenheim)

Münsingen, 27. Juni. Die von der Militärbehörde zum Abschluß der provisorischen Käufe mit den Besitzern der Güter im Harbt beauftragte Kommission, wegen des dort anzulegenden Schieß- und Uebungsplatzes für das württ. Armeekorps, hat ihre Arbeit schon in einigen Gemeinden mit Erfolg beendet. Nur in der Gemeinde Zainingen sind die Besitzer nicht gewillt, freiwillig etwas abzutreten. Die Entscheidung erfolgt erst bis 1. Septbr., bis wohin die Verkäufer ihren Beitrag zu halten haben. Die allgemeine Stimmung für das Projekt gestaltet sich admäglich günstiger, da die Leute die Vorteile eines gesteigerten Verkehrs, sowie eines leichten Absatzes der Produkte wohl zu schätzen wissen.

Oshenhausen. Das am 19. Juni abends in der Richtung von Leutkirch hergekommene Gewitter hat die Gemeinde Erlensmoos, auch Laubach zum Teil, total verhegelt, mit Ausnahme nur weniger Acker gegen die Halden nach Oshenhausen. Giechbühl wurde auch zum größten Teil betroffen, Ebenbach hat vom Ort an bis gegen die Markung Erlensmoos sehr großen Schaden. Die Schlossen (Hagel) lagen an andern Tagen mittags noch haufenweise auf den Grundstücken, so daß es nicht möglich war, Gras zu mähen. Die Ernte ist vollständig vernichtet, nicht ein Halm blieb unverfehrt, alles sieht aus, wie wenn man gewalzt hätte. Von den Futtergewächsen, dem Klee, stehen bloß die Stengel noch ohne Laub, von Kraut, Kartoffeln, Kohlraben keine Spur mehr. Leider sind die Wenigsten versichert. In Gutenzell, Niedernzell, Schwendi hat das gleiche Wetter auch viel Schaden gemacht, doch nicht in solchem Umfang, wie in obigen Gemeinden.

Gerichtssaal.

Stuttgart, 27. Juni. (Schwurgericht.) Das Verhör des Angeklagten Böster, den Neckarremser Raubmord betreffend, wurde heute beendet. Morgen findet Einnahme eines Augenscheins zwischen Waiblingen und Neckarremser in Anwesenheit sämtlicher Geschworenen und des Angeklagten statt, die Sitzung fällt deshalb aus, ebenso am Samstag, als an einem bürgerlichen Feiertage. Böster gab auch heute eine Thäterschaft nicht zu. Seine Ansagen lehnen bei Vernehmung der Zeugen in nächster Woche sämtlich wieder und werden in Verbindung mit diesen wiedergegeben werden. Aus der heutigen Verhandlung ist hervorzuheben, daß ein dem Ermordeten Ramsel über den Kopf geworfenes und so vorgeschicktes Paar Cheviot-hosen einen Knopf hatte mit der Inschrift: Fourniture militaire (Militärlieferung) und Böster zugab, daß derartige Knöpfe an den Montur-sücken der Soldaten in Algier angebracht sind. Ebenso zeigte der Lederbeutel, mit dem Ramsel erdroffelt wurde, auffallende Ähnlichkeit mit einem zweiten, welchen Böster um den Leib trug. In beiden Riemen war gleichweit von der Schnalle entfernt ein kunstloses Loch zum Zuschlagen angebracht, auch war die Länge beider Riemen gleich. Zum Schlusse hielt der Vorsitzende dem Angeklagten vor, daß nach seinen eigenen Einnahmen er die einzige Person war, welche mit Ramsel in den letzten Tagen und Stunden vor seinem Tode verkehrte, daß er nach dessen Tod alle seine Habseligkeiten im Besitz hatte, daß er dies seinen Verwandten in Waiblingen verschwiegen und ihnen nichts von einem ehrlichen Erwerb derselben sagte, endlich daß der Ermordete mit einer Suppe belledet war, die Böster von Algier mitgebracht hat.

Bitt' schön!

Es gilt nur eine Probe und Sie werden überzeugt sein, daß im Verhältnis zu dem Preise **Perl-Seife** alles feither Dagewesene übertrifft. **Perl-Seife** soll jede junge Dame, jedes junge Mädchen kaufen der Wirksamkeit wegen. **Perl-Seife** soll jede Hausfrau kaufen der Billigkeit wegen. In Paqueten gekauft, kostet **Perl-Seife** das Paquet mit 3 Stück nur 55 Pfg., einzeln 20 Pfg. das Stück. Erhältlich in **Winnenden** bei **H. Brandner**, Seifenfieber, **Gottl. Kahn**, Seifenfieber, **B. Schächel**, Friseur, **R. Schäfer**, Seifenfieber.